

INFO – KOMPAKT

**DIE FREIHEITLICHE PARTEI
ÖSTERREICHS (FPÖ)**

- **Geschichte**
- **Programm**
- **Organisation**
- **Kontakte**

VORWORT

Geschätzte Leserinnen und Leser,
 werte Mitglieder und Funktionäre der FPÖ!

Als politisch interessierter Bürger stößt man unweigerlich auf unterschiedliche Fragen zur Organisation und zum Programm der FPÖ. Beispiele sind:

- Wie hat sich die FPÖ historisch entwickelt?
- Wie ist die FPÖ organisatorisch aufgebaut?
- Wie gliedert sich die Partei auf Bundes- und Landesebene?
- Wie ist die politisch-inhaltliche Arbeit der Partei organisiert?
- Welche Gremien entscheiden in der FPÖ worüber?
- Was sind die Kernpunkte des freiheitlichen Parteiprogramms?
- Wohin kann ich mich auf Bundes-, Landes-, Bezirksebene von Fall zu Fall wenden?

Diese und ähnliche Fragen versucht die vorliegende Broschüre knapp und übersichtlich – kurzum: kompakt – zu beantworten.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf leichter Verständlichkeit und grafischer Anschaulichkeit. Der Aufbau beantwortet jede der zuvor gestellten Fragen, ohne dass der Leser dafür das ganze Büchlein studieren müsste. Wer sein Wissen allerdings weiter vertiefen möchte, der findet wertvolle Verweise und Quellenangaben.

Abschließend noch ein kleiner Hinweis: Das vorliegende Heft ist kein Werbematerial der FPÖ, sondern eine Information über die FPÖ – und zwar ausschließlich über die FPÖ. Das bedeutet zum einen, dass hier in möglichst transparenter Weise über Strukturen und Positionen der Freiheitlichen Partei Auskunft gegeben und dabei mit einigen Missverständnissen und Vorurteilen aufgeräumt werden soll, zum anderen, dass man werbliche Aussagen



und Werturteile über die politischen Mitbewerber vergeblich suchen wird. Solche Ausführungen sind dem politischen Wettbewerb vorbehalten, nicht aber Aufgabe eines Bildungsinstitutes. Das ändert jedoch nichts daran, dass wir uns bemüht haben, die kleine Schrift so aufschlussreich und kurzweilig wie möglich zu machen.

Ich bin überzeugt davon, dass unsere Broschüre dabei helfen kann, einen guten Gesamtüberblick über den „Organismus“ der Freiheitlichen Partei Österreichs zu erhalten.

Möge Ihnen die Lektüre reichhaltige Einblicke in die Weltanschauung und das Innenleben der FPÖ gestatten. Und möglichst viele Aha-Erlebnisse schenken!

In diesem Sinne wünsche ich viel Freude beim Nachblättern, Lesen und beim Betrachten der Schaubilder.

Herbert Kickl
 Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts

Mein Dank gilt im Besonderen unserer Sport- und Jugendsprecherin im Nationalrat, NAbg. Petra Steger, für die intensive Mitarbeit an dieser Broschüre.

WIE IST DIE GESCHICHTE DER FPÖ?

60 Jahre lang wurde die politische Geschichte der Zweiten Republik maßgeblich von der FPÖ und damit vom sogenannten „dritten Lager“ mitgestaltet. Der Grundstein für die Entstehung der FPÖ wurde dabei schon am 17. Oktober 1955 gelegt. Damals einigten sich Max Stendebach, Obmann des nach anfänglichen Erfolgen zerfallenden „Verbands der Unabhängigen“ (VdU), und die „Freiheitspartei“ des Anton Reinhaller im Wiener Café Landmann auf den Zusammenschluss beider Gruppierungen zur FPÖ. Der VdU war dabei eine Sammelbewegung mit liberalem Anspruch gewesen, über den auch viele „minderbelastete“ Nationalsozialisten ihren Weg zurück in das demokratische System der Zweiten Republik finden sollten – übrigens keine Besonderheit der FPÖ, denn entgegen der weitverbreiteten Darstellung waren viele Personen dieser Bevölkerungsgruppe in den Reihen von SPÖ und ÖVP organisiert. Der Einzug des VdU in den Nationalrat im Jahr 1949 zeigte bald, dass es neben SPÖ und ÖVP durchaus ein größeres Potential für eine weitere politische Bewegung gab. Die folgende Chronik gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs.

1956 - FPÖ-Gründungsparteitag

Am 7. April 1956 und damit knapp ein Jahr nach Unterzeichnung des Staatsvertrags kommt es zum Zusammenschluss des VdU und der „Freiheitspartei“. Anton Reinhaller ist der erste Obmann der Freiheitlichen.

13. Mai 1956 - der erste Auftritt der FPÖ

Bei ihrem ersten Antreten bei den Nationalratswahlen kann die junge FPÖ an die Erfolge ihrer politischen Vorläufer nicht anschließen und erreicht 6,52 Prozent der Stimmen.

1958 - Friedrich Peter wird Parteiobmann

Friedrich Peter führt die Freiheitlichen von 1958 bis 1978 und ist damit der bislang längstdienende Obmann in der Parteigeschichte.



1970 - Friedrich Peter führt die FPÖ an die SPÖ heran

Zuerst stützt Friedrich Peter 1970 die sozialistische Minderheitsregierung Bruno Kreiskys, was ihm die SPÖ mit einer der kleinen Oppositionspartei entgegenkommenden Wahlrechtsreform (minderheitenfreundliches Wahlrecht) dankt. Dadurch kann die FPÖ ihre Mandatszahl im - zahlenmäßig von 165 auf 183 Sitze vergrößerten - Plenum bei den Nationalratswahlen 1971 mit 5,45 Prozent der Stimmen von sechs auf zehn erhöhen.

1978 - Alexander Götz auf ÖVP-Kurs

Alexander Götz, der FPÖ-Bürgermeister von Graz, übernimmt das Amt von Friedrich Peter mit dem Anspruch, seine in der Steiermark erfolgreiche Zusammenarbeit mit der ÖVP in der Bundesregierung fortzusetzen. Bei den anschließenden Wahlen 1979 kann Kreisky nicht zuletzt mit der Warnung vor einem ÖVP-FPÖ-Pakt die absolute Mehrheit ausbauen. Da es dadurch zu keiner Regierungsbeteiligung der FPÖ kommt, tritt Alexander Götz knapp zehn Monate nach seinem Amtsantritt von der Führung der Partei zurück.

1980 erfolgt der liberale Kurswechsel - Norbert Steger gewinnt die Kampfabstimmung und wird Parteiobmann

Norbert Steger wird auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in einer Kampfabstimmung gegen den späteren FPÖ-Justizminister Harald Ofner zum Bundesparteiohmann gewählt. Bei der letzten Wahl hatte die FPÖ den Wählern eine Zusammenarbeit mit der ÖVP versprochen. Steger kündigt nun an, dass die FPÖ zwecks einer Regierungsbeteiligung Gespräche mit Rot und Schwarz suchen werde.



1983 - die erste Regierungsbeteiligung ist ein historischer Durchbruch

Nach der Nationalratswahl 1983, bei der die SPÖ die absolute Mehrheit verliert, geht Norbert Stegers Taktik einer Annäherung an die Sozialdemokraten auf: Mit Bruno Kreisky handelt Steger noch am Wahlabend in der Hofburg die Modalitäten einer „Kleinen Koalition“ aus. An der Spitze dieser Regierung steht nach Kreiskys Rückzug Fred Sinowatz als Bundeskanzler. FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Steger wird Vizekanzler und Handelsminister. Harald Ofner übernimmt als ehemaliger Gegenkandidat Stegers auf dessen Ersuchen hin das Justizressort und Friedhelm Frischenschlager wird Verteidigungsminister. Die FPÖ stellt außerdem mit Holger Bauer (Finanzen), Gerulf Murer (Land- und Forstwirtschaft) und Mario Ferrari-Brunnenfeld (Gesundheit) drei Staatssekretäre.

1986 beginnt der Aufstieg zur Großpartei - Jörg Haider wird Bundesparteiobmann

Auf dem Innsbrucker Bundesparteitag am 13. September 1986 übernimmt Jörg Haider von Norbert Steger in einer Kampfabstimmung die Führung der Bundespartei. Das Ende der rot-blauen Koalition ist damit eingeleitet. Gleichzeitig beginnt damit aber ein in der Zweiten Republik beispielloser Aufstieg. Netto 21,9 Prozentpunkte (1995 gibt es ein leichtes Minus in Prozenten, trotz Stimmenzuwachs) jagt die FPÖ unter Parteichef Jörg Haider in den fünf Wahlen von 1986 bis 1999 der SPÖ und der ÖVP ab.



1989 - Jörg Haider wird erster freiheitlicher Landeshauptmann

Die FPÖ bricht bei den Landtagswahlen am 12. März 1989 die absolute Mehrheit der SPÖ in Kärnten und erringt 29 Prozent. Mit der Unterstützung der ÖVP wird Haider als erster Freiheitlicher der Zweiten Republik Landeshauptmann in einem österreichischen Bundesland.

1993 - Abspaltung des Liberalen Forums

Am 4. Februar 1993 verlassen mit Heide Schmidt an der Spitze fünf Abgeordnete den FPÖ-Parlamentsklub und gründen das Liberale Forum als eigenen Klub. Als Grund wird das „Österreich zuerst-Volksbegehren“ der FPÖ genannt.

1994 - die FPÖ im Höhenflug

Die FPÖ erreicht bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober 1994 rund 22,5 Prozent und hat damit erstmals in ihrer Geschichte über eine Million Wähler in Österreich.

1999 - das historisch beste Ergebnis bei einer Nationalratswahl

Bei den Nationalratswahlen am 3. Oktober 1999 erreicht die FPÖ 26,9 Prozent und 52 Mandate. Das bedeutet den zweiten Platz vor der ÖVP. Nachdem SPÖ-Chef Viktor Klima bei den Regierungsverhandlungen scheitert, beginnen Verhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP.

2000 - nach Bildung der schwarz-blauen Koalition wird Susanne Riess-Passer neue Bundesparteiobfrau

Recht turbulent nimmt die Regierung ihre Arbeit auf, nachdem die FPÖ als zweitstärkste Partei der drittgerihten ÖVP zum Kanzler verhilft. Es folgen Sanktionen der EU und ausgedehnte „Donnerstagsdemonstrationen“ gegen die schwarz-blaue Regierung. Die FPÖ stellt dabei mit Susanne Riess-Passer die Vizekanzlerin und übernimmt sechs Ministerien sowie ein Staatssekretariat. Begleitet wird die Regierungsarbeit jedoch durch ständige Kritik aus den eigenen Reihen, wobei Jörg Haider eine führende Rolle zukommt.



2002 - die Ereignisse von Knittelfeld

Ein Zerwürfnis um die Frage des Ankaufs von Abfangjägern und die Umsetzung einer im Wahlkampf versprochenen Steuerreform gipfelt in der Sammlung von Delegiertenunterschriften für einen Sonderparteitag. Am 7. September 2002 findet schließlich eine Delegiertenversammlung im steirischen Knittelfeld statt. Als Folge der Ereignisse tritt FPÖ-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer am 8. September 2002 als freiheitliche Parteichefin zurück. FPÖ-Finanzminister Karl-Heinz Grassler und Peter Westenthaler als freiheitlicher Klubobmann im Nationalrat „nehmen ebenfalls den Hut“. Mathias Reichhold wird neuer FPÖ-Bundesparteiobmann. Er tritt allerdings krankheitsbedingt kurze Zeit später zurück. Sein Nachfolger als Bundesparteiobmann wird Herbert Haupt

2002 - der Absturz bei der Nationalratswahl von 26,9 auf 10 Prozent

Die ÖVP wird hingegen stärkste Partei. Trotz der Niederlage der FPÖ kommt es zu einer weiteren Auflage der schwarz-blauen Regierungskoalition unter dem Kabinett Schüssel II. Die FPÖ stellt mit Herbert Haupt den Vizekanzler sowie drei Minister und zwei Staatssekretäre. Die innerparteilichen Konflikte zwischen Jörg Haider und dem Regierungsteam setzen sich fort. Es folgen unter anderem katastrophale Wahlniederlagen in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg.

2004 - nach dem Tiefpunkt bei der Wahl zum Europäischen Parlament kommt Ursula Haubner

Die negative Entwicklung innerhalb der FPÖ erreicht bei der Wahl zum EU-Parlament ihren absoluten Tiefpunkt. Die FPÖ kann nur mehr ein Mandat und rund 6 Prozent der Stimmen erzielen. Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner löst schließlich Herbert Haupt im Juli 2004 an der Spitze der Partei ab.

April 2005 - Jörg Haider spaltet die FPÖ

Anfang 2005 kommt es zu einem offenen Schlagabtausch zwischen Jörg Haider und Heinz-Christian Strache, der als Bundesparteiobmann-Stellvertreter eine Rückbesinnung auf freiheitliche Grundsätze fordert. Jörg Haider tritt schlussendlich die Flucht nach vorne an, nachdem seine Schwester Ursula Haubner als Bundesparteiobfrau immer mehr den Rückhalt in der Partei verliert. Am 4. April 2005 spaltet sich die Parteispitze der FPÖ rund um den Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider ab und gründet das sogenannte „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ). Als längstdienendes Mitglied des Bundesparteivorstandes wird Hilmar Kabas der Chef der FPÖ und kann einen Zerfall der FPÖ in Richtung BZÖ erfolgreich verhindern.

23. April 2005 - HC Strache wird neuer Bundesparteiobmann

HC Strache, seit 2004 bereits Wiener Landesparteiobmann, wird am Bundesparteitag in Salzburg mit 90,1 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Bundesparteiobmann gewählt. In seiner ersten Rede kündigt HC Strache „die Wiedergeburt der FPÖ“ an. Er ist der zehnte gewählte Obmann der FPÖ und mit 35 Jahren bei seiner Wahl sogar der jüngste FPÖ-Chef aller Zeiten.



Oktober 2005 - das „Duell um Wien“ beginnt

Bei der Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien rufen die Freiheitlichen mit ihrem Spitzenkandidaten HC Strache das „Duell um Wien“ aus. Diese Aktion wird von den politischen Mitbewerbern zunächst belächelt. Am Wahlabend kann HC Strache jedoch fast 15 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Damit ist es klar: Mit der nach der Abspaltung des BZÖ totgesagten FPÖ ist nach ihrer personellen und inhaltlichen Erneuerung wieder zu rechnen.

2006 – der „Wiedereinzug“ ins Parlament

Bei den Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 erreicht die FPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten HC Strache rund 11 Prozent und zieht damit wieder in Klubstärke in den Nationalrat ein. Dort waren nach dem Absprung der meisten Abgeordneten zum BZÖ nur zwei FPÖ-Mandata verblieben. HC Strache wird nach dem Wahlerfolg Klubobmann der FPÖ-Fraktion. Die Phase des Überlebenskampfes der FPÖ ist damit erfolgreich abgeschlossen.

2008 – der Aufstieg der FPÖ unter HC Strache nimmt ihren Lauf

Nach dem frühen Ende einer SPÖ-ÖVP-Koalition verzeichnet die FPÖ bei vorzeitigen Nationalratswahlen am 28. September 2008 mit 17,5 Prozent und einem Plus von rund 6,5 Prozent einen durchschlagenden Erfolg. HC Strache kann auch das direkte Duell mit dem BZÖ-Spitzenkandidaten Jörg Haider für sich entscheiden, obwohl Haider immerhin die Grünen am Wahlabend hinter sich lässt. Im Anschluss kommt es zu einer ersten Aussprache zwischen HC Strache und Jörg Haider. Die Frage einer Zusammenarbeit bleibt offen, da der Kärntner Landeshauptmann und frühere FPÖ-Chef am 11. Oktober 2008 bei einem tragischen Verkehrsunfall tödlich verunglückt.

Juni 2009 – die Verdoppelung der FPÖ-Mandate im Europäischen Parlament

Die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni 2009 bringen mehr als eine Verdoppelung der freiheitlichen Stimmen. Die FPÖ legt damit den Grundstein für die Vernetzung patriotischer Bewegungen in Europa, um zentralistischen Tendenzen in der EU gemeinsam entgegenzutreten.

Dezember 2009 – die Rückkehr der Kärntner Freiheitlichen zur FPÖ läutet das Ende des BZÖ ein

Am 16. Dezember 2009 geben die „Freiheitli-

chen in Kärnten“ eine Kooperation mit der FPÖ als Mutterpartei auf Bundesebene bekannt und lösen sich damit vom BZÖ. Im Juni 2013 sprechen sich schließlich 97,3 Prozent der Delegierten auf einem gemeinsamen Parteitag für einen Zusammenschluss der „Freiheitlichen in Kärnten“ mit der seit der BZÖ-Abspaltung im Jahr 2005 weitergeführten Kärntner FPÖ zu einer gemeinsamen FPÖ Kärnten aus. Die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft in Kärnten wächst damit wieder zusammen.

2010 – das „Duell um Wien“ geht in die nächste Runde

Im Herbst 2010 erreicht HC Strache als FPÖ-Spitzenkandidat bei den Wiener Gemeinderatswahlen über 25 Prozent. Die Freiheitlichen können damit in der Bundeshauptstadt 27 Mandate erringen und sich nahezu verdoppeln. Die absolute Mehrheit der SPÖ bei den Mandaten unter Bürgermeister Michael Häupl ist damit Geschichte und die Sozialdemokraten müssen sich auf die Suche nach einem Koalitionspartner machen.

2013 – die Etablierung der FPÖ als „neue Volkspartei“

Bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 erreicht die FPÖ rund 20,5 Prozent. Die FPÖ schließt damit unter HC Strache zu SPÖ und ÖVP auf. In der Steiermark wird die FPÖ sogar stimmenstärkste Partei.

Frühjahr 2015 – Wahlen im Burgenland und in der Steiermark

Bei den Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark schlittern Rot und Schwarz in ein Debakel. Im Burgenland geht SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl eine Koalition mit der erstarkten FPÖ ein, wobei dies angesichts des bisher von der SPÖ-Spitze verordneten Kurses einem Tabubruch gleichkommt. In der Steiermark verliert die SPÖ ihren Landeshauptmann

an die ÖVP, weil die FPÖ mit mehr als 26 Prozent bei der Wahl für ein politisches Erdbeben sorgt.

Herbst 2015 – Wahlen in Oberösterreich und in Wien

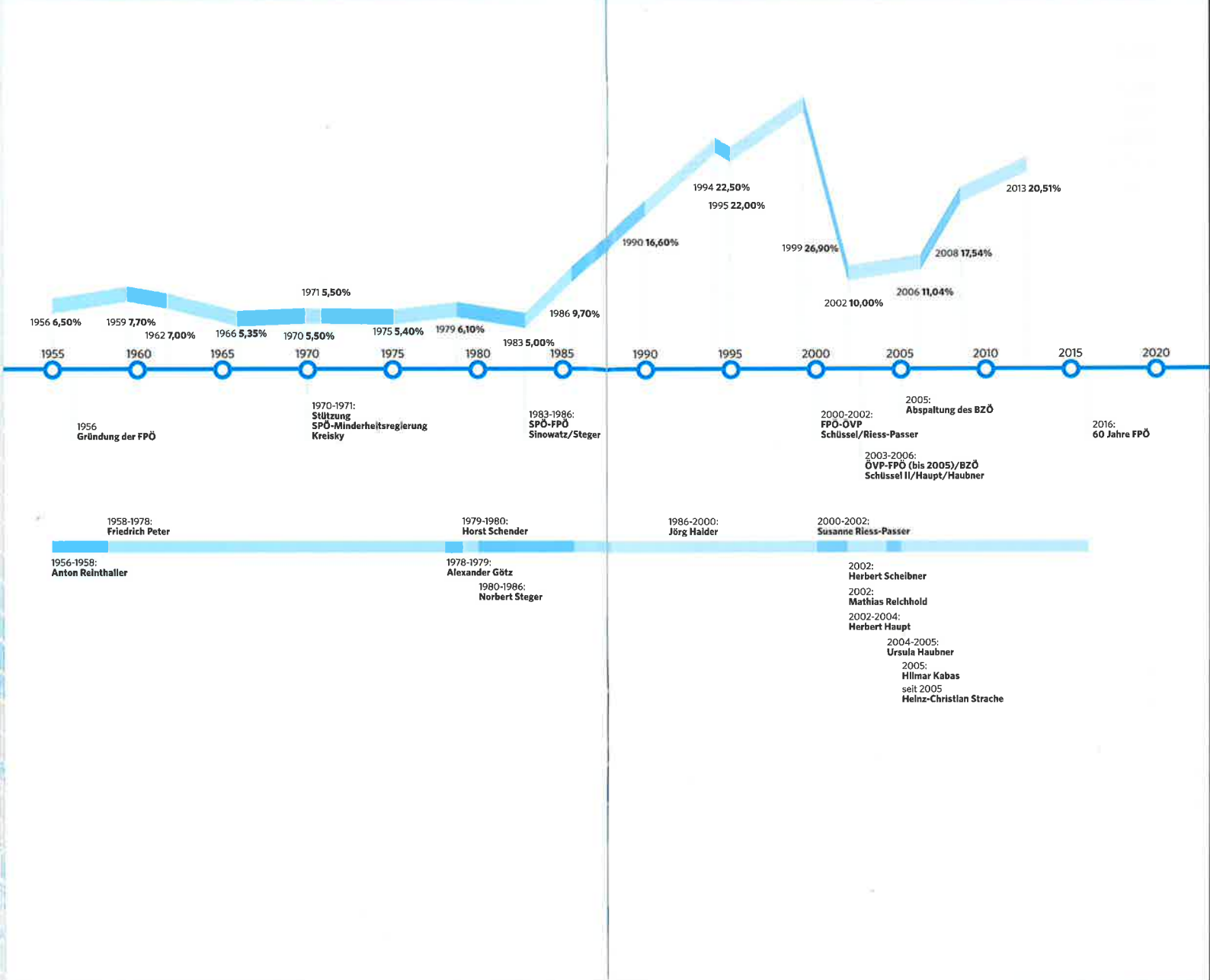
Die Wahlen im Herbst 2015 stehen unter dem Eindruck einer europaweiten Flüchtlingskrise, die nahezu sämtliche Befürchtungen der FPÖ aus den letzten Jahren bestätigt. In Oberösterreich gewinnt die FPÖ unter Spitzenkandidat Manfred Haimbuchner im September 2015 massiv dazu und kommt auf über 30,4 Prozent. Die FPÖ geht im Anschluss eine Koalition mit der ÖVP ein und verdrängt die Grünen aus dieser Rolle. Nur zwei Wochen später kann HC Strache als freiheitlicher Spitzenkandidat bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen das beste FPÖ-Ergebnis aller Zeiten in der Bundeshauptstadt einfahren. Die FPÖ kommt auf über 30,8 Prozent und stellt zudem im großen Wiener Flächenbezirk Simmering erstmals den Bezirksvorsteher. Die SPÖ hingegen sinkt unter 40 Prozent und erreicht einen historischen Tiefstand.

2016 – die FPÖ kommt in der bürgerlichen Mitte an

FPÖ-Kandidat Norbert Hofer erreicht bei der Wiederholung des zweiten Wahlganges der Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember 2016 rund 46,2 Prozent der Stimmen und erzielt nur knapp weniger Prozente als sein Gegner Alexander Van der Bellen. Die Freiheitlichen verpassen damit hauchdünn eine Sensation. Trotz dieses knappen Rückstandes schreibt die FPÖ unter der Obmannschaft von HC Strache in diesem Jahr innenpolitische Geschichte. Bereits am 24. April 2016 kann Norbert Hofer als freiheitlicher Präsidentschaftskandidat das beste je von einem Freiheitlichen erzielte Ergebnis auf Bundesebene einfahren. Norbert Hofer, der als Dritter Präsident des Nationalrates auf Wunsch von FPÖ-Bundesparteiober-

mann HC Strache für das Amt kandidiert, schafft mit über 35 Prozent deutlich den Einzug in die Stichwahl für die Hofburg und landet sogar mit deutlichem Abstand auf dem ersten Platz. Die Stichwahl findet vorerst am 22. Mai 2016 statt, in der Alexander Van der Bellen als der von den Grünen und weiten Teilen des politischen Establishments unterstützte Kandidat knapp gewinnt. Norbert Hofer fehlen nur rund 30.000 Stimmen auf den Sieg. Der FPÖ-Kandidat erreicht über 49 Prozent und weit über zwei Millionen Stimmen. Aber dann nimmt die Wahl zum Bundespräsidenten im Verlauf des Jahres noch eine weitere überraschende Wendung. Nach zahlreichen Gesetzesbrüchen und Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der mittels Briefwahl abgegebenen Stimmen hebt der Verfassungsgerichtshof nach einem transparenten Verfahren die Wahl vom 22. Mai auf und ordnet eine Neuaustragung an. Der ursprünglich dafür vorgesehene Termin am 2. Oktober 2016 kann jedoch wegen einer Pannenserie beim für die Wahl zuständigen Innenministerium nicht eingehalten werden. Schließlich wird als neuer Termin für die Stichwahl der 4. Dezember 2016 festgelegt. Inzwischen haben sich alle Parteien und Medien zu einer Allianz für Van der Bellen und gegen Norbert Hofer eingehängt. Diese Wahl bringt zwar für die Freiheitlichen nicht den gewünschten Erfolg. Dennoch zeigt die enorme Zustimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern für Norbert Hofer bei der Wahl zum höchsten Amt im Staat, dass die freiheitlichen Ideen und Werte unter HC Strache bereits für die Hälfte der österreichischen Bevölkerung eine selbstverständliche sowie echte Alternative darstellen.

FPÖ-Wahlergebnisse im Laufe der Geschichte



WAS SIND DIE GRUNDSATZPOSITIONEN DER FPÖ?

Österreich zuerst

Die folgenden beiden Sätze bringen die Positionen der FPÖ auf den Punkt: „Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab für unser Handeln als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft. Unsere Verwurzelung in der reichen Geschichte und in unseren Traditionen ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung, die daraus für die aktive Gestaltung der Zukunft für kommende Generationen erwächst.“

Diese Einleitung des aktuellen Parteiprogramms fasst jene Ideale zusammen, welche die FPÖ im politischen Alltag unter dem Wahlspruch „Österreich zuerst“ vertritt. „Österreich zuerst“ und „Das Recht geht vom Volke aus“ sind die zentralen Leitlinien freiheitlicher Politik, Leitlinien, die im Übrigen auf die bürgerliche Revolution von 1848 zurückgehen. Daraus ergeben sich letztendlich die Schwerpunkte freiheitlicher Politik. Die folgende Zusammenstellung der wichtigsten innen- und außenpolitischen Felder erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll einen ersten Eindruck der politischen Arbeit der FPÖ sowie ihrer Ziele und Forderungen vermitteln.



Stärkung der Bürgerrechte:

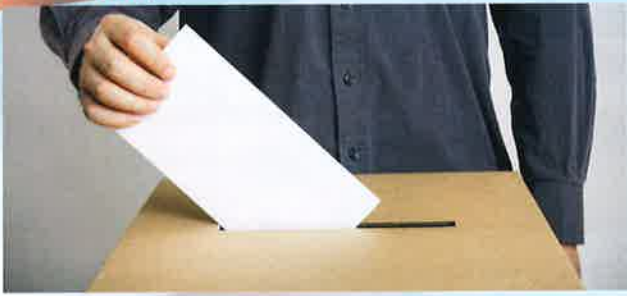
Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte statt sukzessiver Aushöhlung derselben

Die Grund- und Freiheitsrechte sind in unterschiedlichen Verfassungsgesetzen normiert und eng mit der österreichischen Staatsbürgerschaft verknüpft. Um den Bürgern einen Überblick über jene Rechte zu geben, ist die Schaffung eines eigenen Grundrechtskataloges unabdingbar. Die Grund- und Freiheitsrechte verleihen dem Einzelnen Rechte, etwas tun zu dürfen, und schützen ihn vor staatlichen Eingriffen. Die aktuelle Gleichbehandlungspolitik schränkt dieses „Dürfen“ jedoch zunehmend ein.

Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten Bürgerrechte und die Basis unserer Demokratie. Ausübung und Vollzug müssen so klar ausgestaltet und einfach sein, dass das Wahlergebnis nichts anderes zum Ausdruck bringt als den unverfälschten Wählerwillen. Die Religionsfreiheit als weiteres wichtiges Grundrecht garantiert neben der Freiheit, sich zu einer Religionsgemeinschaft zu bekennen, auch den Schutz vor religiösem Fanatismus.

- ☑ **Ausbau und Verfestigung der Grund- und Freiheitsrechte** und Schaffung eines Grundrechtskatalogs
- ☑ **Stärkung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts** durch Vorwahltage
- ☑ **Ablehnung von „E-Voting“**
- ☑ **Briefwahlrecht nur für Auslandsösterreicher** als Schutz vor Manipulation
- ☑ **Wahlrecht muss ein Staatsbürgerrecht bleiben**; kein Ausländerwahlrecht
- ☑ **Bekanntnis zur Religionsfreiheit und zum Schutz vor religiösem Fanatismus**
- ☑ **Kopftuchverbot im öffentlichen Raum** als Schutz der Frauen vor Unterdrückung





Ausbau der Demokratie:

Direkte Demokratie statt einer Politik ohne Mitsprache

Die FPÖ steht für Maßnahmen, die den Ausbau der direkten Demokratie und einer echten Bürgerbeteiligung im Land vorantreiben. Die Freiheitlichen sehen das Volk als Souverän im Staat, dessen Ausschluss von einem größeren Maß an Mitbestimmung undemokratisch ist und einer Brüskierung der Bevölkerung gleichkommt.

Wie die Behandlung vieler Plebiszite zeigt, wurde der Bürgerwille in der Vergangenheit fast immer ignoriert. Eines der vielen Beispiele dafür ist etwa die Krise der Eurozone im Zusammenhang mit Griechenland. Die EU-Verträge wurden mit gravierenden Auswirkungen auf die österreichische Verfassung und die Budgethoheit der Republik Österreich abgeändert. Maßnahmen wie diese erfordern jedenfalls die Zustimmung der österreichischen Bürgerinnen und Bürger.

- ✔ **Ausbau und Stärkung der direkten Demokratie** nach Schweizer Vorbild
- ✔ **Schaffung einer „Volksinitiative“** (Gesetzesinitiative mittels Volksbegehren) inklusive einer verpflichtenden Volksabstimmung bei fehlender Umsetzung
- ✔ **Volksabstimmungen als Veto gegen Beschlüsse** des Nationalrates
- ✔ **Reduzierung von Unterschriftenhürden** bei Volksbegehren
- ✔ **Volksabstimmungen über den Abschluss bzw. die Abänderung eines völkerrechtlichen Staatsvertrages** bei grundlegenden Änderungen der Verfassung
- ✔ **Echte Mitbestimmung der Bürger**

Integration:

Heimatrecht für Österreicher statt Fremdsein im eigenen Land

Die FPÖ steht für eine Integrationspolitik, bei der die Zuwanderer nicht nur Rechte, sondern natürlich auch Pflichten haben. Es darf nicht sein, dass sich eine Mehrheitsgesellschaft den Gepflogenheiten religiöser Minderheiten anpassen soll.

Eine echte Integration von Zuwanderern in Österreich wurde jahrzehntelang verabsäumt, was die Entstehung von Parallelgesellschaften vor allem bei Muslimen begünstigt hat. Integration ist vor allem eine Bringschuld: Einwanderer sollten nicht nur die Gesetze, Werte und Gepflogenheiten respektieren, die hierzulande gelten. Sie sollten auch die Qualifikationen für die Teilnahme am Arbeitsmarkt entweder schon mitbringen oder bereit sein, sich diese aktiv zu verschaffen. Dazu zählt insbesondere das zügige Erlernen der Landessprache.

- ✔ **Klare und unmissverständliche Vermittlung der österreichischen Leitkultur** sowie der heimischen Werte, Normen und Gesetze
- ✔ **Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer** und kein unverbindliches Angebot des Staates
- ✔ **Verpflichtende Deutschkurse für Zuwanderer**
- ✔ **Keine staatlichen Leistungen ohne Integration**
- ✔ **Keine Familien- und Sozialleistungen an Drittstaatsangehörige**
- ✔ **Begrenzung der Zuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis**
- ✔ **Kontrolle islamischer Einrichtungen wie Moscheen, Schulen oder Kindergärten**
- ✔ **Predigten in Moscheen nur in deutscher Sprache**
- ✔ **Verbot von Gratis-Koran-Verteilungen** auf Österreichs Straßen und Plätzen
- ✔ **Entschiedenes Vorgehen gegen islamistische Hetzer und Hassprediger** sowie ein eigenes „Verbotsgesetz“ gegen islamistische Umtriebe
- ✔ **Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei Dschihadisten und lückenlose Überwachung** von Dschihad-Rückkehrern



Foto: Bundesheer/Wolfgang Grebien

Einwanderung und Asylwesen:

Stopp der Massenzuwanderung und Schutz auf Zeit statt Türen auf für alle

Grundsätzlich stellt die FPÖ fest, dass Österreich kein Einwanderungsland ist. Diese Erkenntnis beinhaltet, dass die Heimat, die einheimische Bevölkerung und damit die hiesige Leitkultur zu schützen sind. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet den österreichischen Staat aber auch zu einer verantwortungsvollen Kontrolle seines Hoheitsgebietes. Es geht vor allem darum, welche Menschen in Österreich eine neue Heimat finden oder auch nur temporär in den Arbeitsmarkt einwandern sollen.

Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang das Asylwesen dar: Hilfe kann es nur für jene geben, die wirklich verfolgt werden. Diese erhalten lediglich Schutz auf Zeit und haben das Land zu verlassen, wenn die Schutzgründe wegfallen. Der Missbrauch des internationalen Rechts auf Asyl ist durch Abschiebungen zu ahnden. Eine solche Politik bedingt aber auch, dass Österreich seine Grenzen wirksam schützt. Aktuell werden Grenzkontrollen einfach unterlassen und Abschiebungen nicht durchgeführt. Die Einwanderung in den Sozialstaat findet dadurch ungehindert statt.

- ☑ **Nein zu Massenzuwanderung** und Asylmissbrauch
- ☑ **Konsequenter und echter Grenzschutz** einschließlich der Errichtung von Grenzzäunen

- ☑ **Strenge Grenzkontrollen gegen Schlepper und Kriminelle** sowie mutmaßliche Dschihadisten
- ☑ **Kein Geld und keine Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge**
- ☑ **Regelung von Transferleistungen an Ausländer** ausschließlich als Sachleistungen zur Beseitigung der Anreize für Wirtschaftsmigranten
- ☑ **Keine Arbeitsmarktöffnung für Asylwerber**
- ☑ **Konsequentes Abschieben von Scheinasylanten**
- ☑ **Schnelle Rechtssicherheit durch massive Verfahrensverkürzungen**
- ☑ **Regelmäßige beziehungsweise spätestens alle sechs Monate erfolgende Überprüfung des Asylstatus** von Asylberechtigten durch die zuständigen Ämter und sofortige Ausreise oder Abschiebung der betroffenen Person bei Wegfall des Asylgrundes
- ☑ **Keine Unterbringung von Asylwerbern gegen den Willen der Bürger** sowie ein Stopp der Entmündigung von Ländern und Gemeinden in Asylfragen
- ☑ **Definierung des Asylrechtes als nationale Aufgabe**
- ☑ **Verwirken des Rechtes auf Asyl** in Österreich sowohl für Antragsteller als auch für **bereits anerkannte Flüchtlinge bei Begehung einer Straftat** und sofortige Abschiebung der Täter
- ☑ **Strikte Eingrenzung des Asylwesens als Kernbereich** des österreichischen Staates





Sicherheit:

Echte Sicherheit statt Kriminalitätslawine

Die FPÖ steht für eine Sicherheitspolitik, die durch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen die notwendigen Sicherheits- und Präventionsaufgaben der Polizei ermöglicht.

Denn die organisierte Kriminalität blüht, ausländische Banden terrorisieren die Bevölkerung und die Täter werden immer brutaler und dreister. Alleine in den letzten Jahren wurde in Österreich im Durchschnitt umgerechnet jede Minute eine Straftat begangen. Von den insgesamt 250.618 im Jahr 2015 ermittelten Tatverdächtigen waren zudem 92.804 Personen nicht im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft. Es mangelt bei der Polizei an Personal, während Beamte im Dienst kriminalisiert werden.

- ✔ **Sicherheit ist ein Grundrecht**
- ✔ **Einsparungen im Asyl- und Fremdenwesen** zugunsten eines höheren Budgets für die Exekutive
- ✔ **Massive Aufstockung der Polizei und Bildung einer Sicherheitswacht** zur Unterstützung der Exekutive in größeren Städten, Einführung des „Grätzl-Polizisten“
- ✔ **Keine weitere Schließung von Polizeidienststellen**, stattdessen Eröffnung von neuen Dienststellen an kritischen Punkten
- ✔ **Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer**
- ✔ **Lokale Bettelverbote in Österreichs Städten**
- ✔ **Ausbau des Opferschutzes** statt falscher Täter-Toleranz
- ✔ **Neues Besoldungssystem für Polizisten: höheres Grundgehalt, Schaffung einer eigenen Belastungszulage**
- ✔ **Früherkennung und Prävention bei Jugendlichen zur Verhinderung des Abgleitens in die Kriminalität**
- ✔ **Strikte Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität**

Justiz:

Staatliche Ordnung zur Sicherung und Entfaltung der Freiheit statt Verletzung von Freiheitsräumen

Die FPÖ steht für eine Rechtsordnung, die der Freiheit, der Sicherheit und dem Wohl der österreichischen Bürgerinnen und Bürger dient.

Die Rechtsordnung muss immer das Ergebnis demokratischer Entscheidungsabläufe sein. Die Legitimation einer solchen Ordnung durch den demokratischen Willen der Bürger ist unumgänglich. In Grund- und Freiheitsrechte des Einzelnen darf nur zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte anderer oder zum Schutz der Gemeinschaft eingegriffen werden.

- ✔ **Sicherung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung** sowie Erhalt der Beteiligung des Volkes daran
- ✔ **Rascher, unkomplizierter und kostengünstiger Zugang zum Recht**
- ✔ **Straffung des Verfahrensrechts**
- ✔ **Härtere Strafen für Sexualverbrecher** und bei Gewaltdelikten
- ✔ **Keine Hafterleichterungen und keine elektronischen Fußfesseln für Sexualverbrecher**
- ✔ **Lebenslanges Verbot einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit** im Zusammenhang mit Kindern **für verurteilte Kinderschänder**
- ✔ **Aufstockung des Justizwachdienstes**
- ✔ **Gemeinsame Obsorge der Eltern als Regelfall**
- ✔ **Keine Unterschreitung des Existenzminimums** bei Unterhaltsexekutionen
- ✔ **Einheitlicher Konsumentenschutz für die Bürger**



Soziales:

Soziale Wärme zuerst für Österreicher statt Kürzung von Sozialleistungen zu Lasten der Ärmsten

Die FPÖ steht für eine Sozialpolitik, die klar und deutlich die eigenen Staatsbürger in den Vordergrund stellt.



Diese Position zieht sich von der Mindestsicherung bis hin zum leistbaren Wohnen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die FPÖ durch notwendige Einsparungen im Staatshaushalt das soziale Gleichgewicht im Land zugunsten der österreichischen Bevölkerung bewahren will. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit ist der Sozialstaat durch Zuwanderungswellen an die Grenze seiner Belastbarkeit gelangt. Zusätzlich wurden etliche Sozialleistungen zu Lasten der Ärmsten in der Gesellschaft gekürzt. Ein wichtiger Punkt ist auch die Pflege. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Österreich ist in den nächsten Jahren von einem starken Anstieg des Pflegebedarfs auszugehen.

- ✔ **Stopp der Zuwanderung in das österreichische Sozial- und Gesundheitswesen**
- ✔ **Vorrang für österreichische Staatsbürger auf dem Arbeitsmarkt** und faire Löhne statt zunehmender Verdrängungswettbewerb
- ✔ **Bindung der Inanspruchnahme von Sozialleistungen an die Staatsbürgerschaft** und an eine **erfolgreiche Integration**
- ✔ **Jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes** und Qualifizierungsoffensive bei Pflegekräften
- ✔ **Kein erschwerter Zugang für Pflegegeldbezieher**
- ✔ **Wiederbelebung des sozialen Wohnbaus und Bevorzugung österreichischer Staatsbürger** bei der Wohnungsvergabe
- ✔ **Integration und Deutschkenntnisse als wesentliche Voraussetzung** für die Wohnungsvergabe

Senioren:

Respekt für Senioren statt Armut im Alter

Die FPÖ steht für eine Politik, welche die speziellen Bedürfnisse der älteren Generation berücksichtigt.

In den letzten zehn Jahren wurde das Leben vor allem für jene Gruppe von Mitbürgern spürbar teurer, die ohnehin schon wenig hat: die Senioren. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine große Zahl an armutsgefährdeten Mindestpensionisten. Erhöhte Mieten und stark gestiegene Preise treffen gerade ältere Menschen besonders schwer, was die Teilnahme am öffentlichen Leben erschwert und damit auch soziale Verarmung zur Folge hat. Darüber hinaus sind Senioren immer häufiger Opfer der stark ansteigenden Kriminalität.

- ✔ **Echte Pensionserhöhungen für ein Altern in Würde** und Sicherheit durch Anpassung sämtlicher Pensionen an den sogenannten Preisindex für Pensionistenhaushalte
- ✔ **Mindestpension von 1.200 Euro** bei gleichzeitiger Streichung von Luxuspensionen
- ✔ **Umsetzung einer gerechten Schwerarbeiterregelung** bei den Pensionen
- ✔ **Ehrliche Inflationsabgeltung des Pflegegeldes** für eine leistbare Pflege im Alter
- ✔ **Gesicherte medizinische Versorgung für die ältere Generation**
- ✔ **Senkung der gerade für Senioren relevanten Gebühren**
- ✔ **Verstärkter Schutz für Verbrechenopfer** unter den älteren Mitbürgern





Wirtschaft:

Flexibilisierung und Unternehmerförderung statt weiterer Hürden für den Standort Österreich

Zur Sicherung und europaweiten Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Österreich tragen aus Sicht der FPÖ vor allem die heimischen Klein- und Mittelbetriebe bei. Sie sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Besonders wichtig sind hier die zahlreichen Familienbetriebe mit ihrer großen Innovationskraft.

Die Belastungen für die heimischen Unternehmen durch Steuern, Abgaben, Kammerbeiträge oder auch durch bürokratische Hürden sind nach wie vor enorm. Darunter leidet in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit. Gerade diese könnte durch Deregulierungen, Verwaltungsvereinfachungen und einen umfassenden Bürokratieabbau wieder gesteigert werden. So spielt etwa die künftige Entlastung des Faktors Arbeit eine wesentliche Rolle.

- ✔ **Sicherung des heimischen Wirtschaftsstandortes** durch eine gemeinsame Facharbeiteroffensive mit den Betrieben
- ✔ **Vereinfachung und Modernisierung der Gewerbeordnung** sowie Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

- ✔ **Bürokratieabbau durch eine Reduzierung von Melde-, Veröffentlichungs-, Informations- und Aushangpflichten** sowie durch eine Beseitigung sinnloser Vorschriften
- ✔ **Abschaffung der Mehrfachmitgliedschaften** in der Wirtschaftskammer als erster Schritt in Richtung einer Abschaffung des Kammerzwangs
- ✔ **Wiedereinführung eines Investitionsfreibetrages**
- ✔ **Anhebung der Wertgrenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern**
- ✔ **Schaffung von zusätzlichen Anreizen für Investitionen bei Tourismusbetrieben** durch eine Heranführung der als „Absetzung für Abnutzung“ (AfA) bezeichneten Abschreibung bei abnutzbarem Anlagevermögen an die wirtschaftliche Nutzungsdauer
- ✔ **Senkung der Lohnnebenkosten**
- ✔ **Vereinfachungen im Bereich der Lohnsteuer** und der Lohnverrechnung sowie bei den Reisekostenaufzeichnungen
- ✔ **Erleichterung von Betriebsübergaben**
- ✔ **Abschaffung der Pflichtveröffentlichungen im „Amtsblatt“ der „Wiener Zeitung“**



Finanzen:

Sinnvolles Sparen und Entlasten statt Verschwendung

Die FPÖ bekennt sich zu einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung, fördert die Leistungsorientierung und ermöglicht durch gezielte Entlastungen effektives Wachstum für kleine und mittlere Unternehmen. Die Freiheitlichen machen sich aber auch für eine Reform des Steuersystems sowie für eine verantwortungsvolle Budgetpolitik stark, was weite Teile der Bevölkerung entlasten und einen soliden Staatshaushalt für künftige Generationen sicherstellen soll.

Das freiheitliche Konzept „Mehr Netto vom Brutto“ etwa bringt gerade Lohnsteuerzahlern, Familien, kleinen und mittleren Unternehmen, Pensionisten und Pendlern eine deutliche Entlastung. Andererseits fordert die FPÖ aber auch zukunftsweisende Strukturreformen: Seit dem Jahr 2006 ist der Schuldenberg von 179,44 Milliarden Euro auf fast 300 Milliarden Euro angewachsen. Schon jetzt ist damit jeder Bürger mit rund 35.000 Euro verschuldet.

- ✔ **Schluss mit der Schuldenpolitik**
- ✔ **Umfassende Staats- und Verwaltungsreform** unter Berücksichtigung der 1.007 Reform- und Einsparungsvorschläge des Rechnungshofes
- ✔ **Abbau von mehrfachen und oftmals sinnlosen Förderungen** sowie mehr Transparenz durch eine „echte“ Transparenzdatenbank
- ✔ **Ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht für alle Österreicher**
- ✔ **Stopp den Bestrebungen der EU zur Abschaffung des Bargeldes**
- ✔ **Beseitigung der schleichenden Enteignung durch die „kalte Progression“**
- ✔ **Erhöhung der Steuerfreigrenze** auf 15.000 Euro
- ✔ **Entlastung sowie Stärkung der Kaufkraft der Familien** durch ein „Familientlastungsmodell“
- ✔ **Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe**
- ✔ **Bekämpfung des Steuerbetruges und der Steuervermeidung**

Arbeitsmarkt:

Sichere Arbeitsplätze statt Verdrängungswettbewerb und Lohndumping

Die FPÖ steht für eine Arbeitsmarktpolitik, die heimische Arbeitnehmer vor der ausländischen Konkurrenz schützt. Aus diesem Grund sollen auch keine fremden Arbeitssuchenden ins Land gelassen werden, solange die eigenen Staatsbürger unter der drückenden Arbeitslosigkeit leiden.

Vor allem die derzeitige Rekordarbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden im Land, während billige Arbeitskräfte vorrangig aus dem europäischen Osten österreichische Arbeitnehmer und gut integrierte Zuwanderer Schritt für Schritt verdrängen. Zusätzlich explodieren die Lebenshaltungskosten und die Löhne stagnieren oder sinken.



- ✔ **Sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes** gegenüber EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen
- ✔ **Ein leistbares Leben mit Vollzeitarbeit** durch gerechte Einkommen zum Auskommen
- ✔ **Einführung eines Mindestlohns** von 1.600 Euro
- ✔ **Abbau der Bürokratie und Senkung der Lohnnebenkosten** zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- ✔ **Verstärkte Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe als zusätzlicher Anreiz für Investitionen** wie etwa in Personal und Anlagen
- ✔ **Verbesserte Rahmenbedingungen für Unternehmen** durch Maßnahmen wie Investitionsfreibeträge
- ✔ **Österreichweite Bauoffensive bei Sozialwohnungen** und im öffentlichen Verkehr



Infrastruktur:

Zukunftsfit für internationale Wirtschafts- und Verkehrsströme statt Planungschaos

Die Zukunft Österreichs als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort hängt von einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Die FPÖ fordert aus diesem Grund den Ausbau der heimischen Infrastruktur: einerseits den Verkehr auf der Schiene, auf der Straße, in der Luft und auf dem Wasser, andererseits die Bereiche Post, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie und Forschung.

Derartige Investitionen in die österreichische Infrastruktur sind als Impulsmaßnahme und als entscheidender Erfolgsfaktor für die Wirtschaft und den heimischen Arbeitsmarkt unverzichtbar. Denn nur dann kann Österreich auch zukünftig als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein. Gleichzeitig hat die österreichische Bevölkerung auch ein Anrecht auf einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr. Dieser muss sowohl effizient als auch umweltfreundlich sein.

- ✔ **Rasche Erstellung einer umfassenden Gesamtstrategie** für die österreichische Infrastruktur mit einem Planungshorizont bis zum Jahr 2030
- ✔ **Langfristige Planung von Infrastrukturvorhaben einschließlich Sicherstellung der Finanzierung** und Umsetzung innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens
- ✔ **Gezielte Förderung zum Ausbau des Breitbandnetzes**
- ✔ **Verstärkter Ausbau des öffentlichen Verkehrs** mit besonderem Augenmerk auf den Bau hochrangiger Bahnverbindungen sowie Schließung nur unzureichend genutzter Nebenbahnen
- ✔ **Schaffung eines „Österreich-Tickets“ für alle öffentlichen Verkehrsverbindungen**
- ✔ **Laufende Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit**



Bildung:

Echte Bildung fürs Leben statt politische Experimente und Bürokratie

Die FPÖ steht für eine Bildungspolitik, die einerseits eine Beibehaltung und Verbesserung des differenzierten Schulsystems anstrebt sowie andererseits auch der Wissenschaft und Forschung in Form der Hochschulen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Wichtig ist vor allem, dass ein Erlernen der drei Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen im Mittelpunkt der Grundschulausbildung steht. Gleichzeitig müssen die Sprachdefizite bei Zuwandererkindern berücksichtigt werden. Nur ausreichende Deutschkenntnisse bedeuten auch gleiche Chancen für alle Schüler und wirken sowohl gewaltigen Ausbildungsdefiziten als auch einer Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft entgegen. Die Schule sollte nicht nur fördern, sondern auch fordern, um die Schüler auf die Leistungsanforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Darüber hinaus wird die Gesamtschule abgelehnt. Eine solche Bildungsmaßnahme lässt befürchten, dass es in Österreich zu einem weiteren dramatischen Abfall des Bildungsniveaus kommen würde.

- ✔ **Erhalt des traditionellen Gymnasiums** und des differenzierten Schulsystems
- ✔ **Leistungsbeurteilung durch ziffernmäßige Benotung**
- ✔ **Förderung von Spitzenleistungen** und besonderen Begabungen
- ✔ **Teilzentrale Matura** statt undifferenzierter Zentralmatura
- ✔ **Deutsch vor dem Eintritt in die Schule** in Form von eigenen Klassen zum Spracherwerb
- ✔ **Deutsch als Schulsprache wie etwa in Pausen zur Integration fremdsprachiger Schüler**
- ✔ **Aufwertung der Lehre durch eine Matura**
- ✔ **Mehr Geld für Forschung und Lehre** auf den Universitäten zur Sicherung des freien Hochschulzugangs
- ✔ **Vergabe von Studienplätzen vor allem an österreichische Maturanten**

**Gesundheit:**

Gesicherte Gesundheitsversorgung statt Zerschlagung der Strukturen

Die FPÖ steht für eine neue Form der Gesundheitspolitik, die erstklassige medizinische Versorgung für alle Schichten der österreichischen Bevölkerung erschwinglich macht und gleichzeitig für ein Leistungsprinzip bei den Krankenkassen sorgt.

Momentan krankt das Gesundheitswesen an zu wenigen Spitals- und Hausärzten, zu langen Wartezeiten, überfüllten Ambulanzen, der Unterbringung vieler Patienten in Gangbetten und an viel zu wenigen Kassenverträgen. Eine echte Top-Medizin ist damit oft nur mehr für Wohlhabende leistbar. Der akute Personalmangel in den Spitälern beim Krankenpflegepersonal trägt zu der Misere bei.

- ✔ **Umsetzung von dringend notwendigen Strukturreformen im Gesundheitswesen**
- ✔ **Bessere Bezahlung und Aufwertung der medizinischen Berufe**
- ✔ **Mehr Ausbildungsplätze für Turnus- und Fachärzte**
- ✔ **Aufstockung des Krankenpflege- und Ärztespersonals in den österreichischen Spitälern**
- ✔ **Entpolitisierung und Transparenz beim Spitalsbau**
- ✔ **Stärkung des niedergelassenen Bereichs** durch mehr Haus- und Fachärzte statt Errichtung anonymer Primärversorgungszentren in Form von „Primary Health Care“
- ✔ **Ablehnung der „Elektronischen Gesundheitsakte“ (ELGA) vor allem wegen der Frage der Datensicherheit**
- ✔ **Sinnvolles Sparen bei der Verwaltung durch eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger**

Sport:

Transparente und effiziente Förderung statt Parteipolitik im Sport

Die FPÖ setzt sich für einen parteipolitisch unabhängigen Sport ein. Eine weitere Kernforderung ist ein qualitativer Ausbau der „täglichen Turnstunde“, da die fehlende Bewegung bei Kindern und Jugendlichen ein Nährboden für Übergewicht und Krankheit ist. Zusätzliche Kosten für das Gesundheitswesen sind die Folge.

Ebenso wichtig sind die Vereinfachung und Reduktion der Strukturen im Sport sowie volle Transparenz, um eine effektive Förderung zu ermöglichen. Ohne funktionsfähige und moderne Sportstätten ist darüber hinaus an einen langfristigen Erfolg österreichischer Leistungssportler nicht zu denken. Der Kampf gegen die Manipulation bei Wettkämpfen und Doping gehört zu den wichtigsten Herausforderungen im globalen Sportgeschehen.



- ✔ **Reduktion der Organisationen und Dachverbände**
- ✔ **Erhebung und Veröffentlichung aller öffentlichen Förderungen** durch eine Transparenzdatenbank
- ✔ **Bundesweite Erhebung aller Sportstätten in einer Datenbank** und Erstellung eines Investitionsplans
- ✔ **Verstärkte Investitionen in den Sportstättenbau** von Ländern und Gemeinden
- ✔ **Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen** sowie die „tägliche Turnstunde“ verpflichtend in allen Schulformen
- ✔ **Investitionen in die Schulsportinfrastruktur und Öffnung für dritte Personen** auch in den Ferien
- ✔ **Wirtschaftliche Anreize für Unternehmen zur Schaffung eines zweiten Standbeins für Sportler**
- ✔ **Steuerliche Absetzbarkeit von Sportsponsoring** für Jugendsportler
- ✔ **Klares Bekenntnis zur Förderung des Breitensports**
- ✔ **Ausbau der Integration bestimmter Behindertensportarten** in den normalen Verbandssport



Familien:

Ja zu Familien statt Gender-Priorität

Die FPÖ steht im Rahmen ihrer Familienpolitik auf dem Standpunkt, dass die „Kernzelle Familie“ die Grundlage der österreichischen Gesellschaft bildet. Daher ist eine ausreichende finanzielle Absicherung der kleinsten Einheit des Staates unabdingbar.

Aktuell gibt es aber Bestrebungen, die Familie als Mittelpunkt der herkömmlichen Gesellschaftsordnung abzuschaffen. „Gender Mainstreaming“ wird etwa dazu genutzt, um das biologische Geschlecht von Mann und Frau in Frage zu stellen. Gleichzeitig wird die Wahlfreiheit von Frauen, sich für Beruf oder Kinder beziehungsweise für eine Mischform zu entscheiden, zunehmend schwieriger.

- ✔ **Echte Entlastung der Familien durch ausreichende Finanzierung** der familienrelevanten Leistungen
- ✔ **Steuerliche Vorteile für Familien** durch ein Familiensteuersplitting
- ✔ **Mehr Unterstützung für Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher**
- ✔ **Freie Entscheidung für Frauen und Familien bei der Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung**
- ✔ **Wahlfreiheit für Eltern** statt allgemeiner Kindergartenpflicht
- ✔ **Sofortiges Ende der Gender-Priorität** samt der Abschaffung von Quoten
- ✔ **Keine Homo-Ehe und Adoption von Kindern** durch gleichgeschlechtliche Paare
- ✔ **Verankerung des Schutzes der Familie** in der Verfassung

Jugend:

Mehr Chancen für die nächste Generation statt Jugend ohne Zukunft

Für die FPÖ spielt die Jugend eine zentrale Rolle. Denn Österreichs Zukunft liegt in der Hand seiner Kinder und Jugendlichen. Es ist daher sicherzustellen, dass der jüngsten Generation ein guter Start ins Leben durch beste Rahmenbedingungen in Kindheit und Jugend ermöglicht wird.

Das Ziel freiheitlicher Jugendpolitik ist aber auch der aufgeklärte, unabhängige und mündige Staatsbürger. Dieser muss mit allen notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet sein, um in einer vielgestaltigen Gesellschaft als charakterlich gefestigter und freier Mensch bestehen zu können. Jugendpolitik umfasst als Querschnittsmaterie viele Bereiche und wurde in den letzten Jahren oft vernachlässigt. Für die FPÖ ist es enorm wichtig, dass die Interessen der Jugend in allen Belangen wieder höchste Priorität genießen.

- ✔ **Einheitliches Jugendschutzgesetz auf Bundesebene** zum Wohle der österreichischen Jugend
- ✔ **Keine Bevormundung der Jugend durch ausufernde Verbote und Pflichten** nach dem 16. Lebensjahr
- ✔ **Förderung der Partizipation der Jugend** durch mehr politische Mitsprache
- ✔ **Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**
- ✔ **Lehrplatz-Garantie und Schaffung zusätzlicher betrieblicher Lehrstellen** durch die Einführung eines Bonussystems für Unternehmer
- ✔ **Keine unbezahlten Praktikanten** - gerechter Lohn für die erbrachte Leistung
- ✔ **Günstige Startwohnungen für Jugendliche**
- ✔ **Echte „tägliche Turnstunde“ in allen Schultypen** und Bauoffensive bei Sportstätten für eine gesündere Jugend
- ✔ **Wahlrecht bei den Betriebsratswahlen ab dem 16. Lebensjahr**

EU- und Außenpolitik:

Starkes Österreich in einem Europa der Vaterländer statt zentralistisch geführter Einheitsstaat EU

Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen sowie jüdisch-christlich geprägten Leitkultur stehen. In diesem Zusammenhang haben auch die nationalstaatliche Unabhängigkeit und die immerwährende Neutralität Österreichs einen hohen Stellenwert. Beide Eckpfeiler der österreichischen Identität müssen auch in Zukunft garantiert sein.

Untrennbar verbunden mit einer gelebten Neutralität ist die Souveränität der österreichischen Republik. Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren, die dem Neutralitätsgedanken zugrunde liegt. Diese Souveränität sowie ein Europa der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Einheitsstaat ist. Zusätzlich sind die Souveränität und die Neutralität aber auch in Österreich selbst durch die finanzielle Unterversorgung des Bundesheeres massiv gefährdet.

- ✔ **Umwandlung der Europäischen Union in einen Staatenverbund souveräner Nationalstaaten**
- ✔ Renationalisierung von Kompetenzen durch **partielle Rückverlagerung der Gesetzgebung** auf die nationalen Parlamente
- ✔ **Reduktion der österreichischen EU-Beiträge**
- ✔ **Kein EU-Beitritt der Türkei** und sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen
- ✔ **Nein zu einer europäischen Schulden- und Haftungsunion** wie etwa durch den ESM
- ✔ **Rasche Restrukturierung der Eurozone durch Reduzierung auf wirtschaftlich ähnlich starke Volkswirtschaften** bei einem Scheitern der Bemühungen zur Stabilisierung des Euro
- ✔ **Ablehnung von EU-Freihandelsabkommen ohne demokratische Legitimation durch die Bürger** der Mitgliedstaaten wie im Fall von CETA mit Kanada oder bei TTIP mit den USA

- ✔ **Wahrung der Neutralität Österreichs** und aktive Vermittlerrolle in internationalen Konflikten
- ✔ **Aufrechterhaltung der umfassenden Landesverteidigung im Sinne des Neutralitätsgesetzes** durch ein bestmöglich ausgebildetes und ausgerüstetes Bundesheer
- ✔ **Effektiver Schutz der EU-Außengrenze durch die Schaffung von Zentren für Asylwerber** außerhalb der EU und Lösung der humanitären Probleme auf dem jeweiligen Kontinent





Landwirtschaft und Umwelt:

Nachhaltig in die Zukunft statt Ausverkauf österreichischer Ressourcen

Für die FPÖ hat der Schutz der natürlichen Umwelt als wichtigste Lebensgrundlage für die österreichische Bevölkerung oberste Priorität. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer nachhaltigen und schonenden Bewirtschaftung, um die biologische Vielfalt zu erhalten.

Ein gesunder Bauernstand ist eine weitere wichtige Voraussetzung für die Versorgungssicherheit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in einer wertvollen Natur- und Kulturlandschaft. Die Leistungen der Bauern sind daher durch faire Preise abzugelten. Tiere als Mitgeschöpfe des Menschen sollen durch einen naturnahen und respektvollen Umgang vor Qualen und Leid geschützt werden. Bei der Energiegewinnung setzt die FPÖ ebenfalls auf Nachhaltigkeit, wobei erneuerbare Energien eine entscheidende Rolle spielen. Die Nutzung der Kernkraft wird konsequent abgelehnt.

- ✔ **Renationalisierung der Agrarpolitik**
- ✔ **Umsetzung eines nationalen Aktionsplans** zur Sicherstellung der Selbstversorgungsfähigkeit mit Lebensmitteln
- ✔ **Ausarbeitung von Rahmenbedingungen zum Schutz Österreichs vor gentechnisch veränderten Organismen**
- ✔ **Schaffung einer klaren, ehrlichen, verbindlichen** und für den Verbraucher **überschaubaren Lebensmittelkennzeichnung**
- ✔ **Unterstützung fairer Produktpreise** statt Förderung von Abhängigkeiten
- ✔ **Ablehnung des Handels mit Emissionszertifikaten** sowie von Umweltförderungen im Ausland
- ✔ **Kein Ausverkauf des österreichischen Wassers**
- ✔ **Konsequente Umstellung der Energieversorgung** auf heimische und erneuerbare Ressourcen
- ✔ **Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke**

WIE IST DIE FPÖ ORGANISIERT?



Die FPÖ ist eine vielschichtige Organisation, die österreichweit unterschiedlichste Aufgaben abdeckt. Die Aufgabengebiete der FPÖ kann man grundsätzlich in zwei Bereiche gliedern – in die politische Parteiarbeit im klassischen Sinn und in die FPÖ-Politik in Gesetzgebung und Verwaltung.

Parteipolitik im klassischen Sinn:

Organisation und Verwaltung:

Die koordinierenden Aufgaben liegen bei der FPÖ-Bundesgeschäftsstelle, die beispielsweise sämtliche bundesweiten Parteiveranstaltungen organisiert sowie für eine gute Zusammenarbeit mit und zwischen den jeweiligen Landesgeschäftsstellen sorgt.

Politische Arbeit:

Dreh- und Angelpunkt der politischen Arbeit ist das Generalsekretariat. Dabei gibt es zwei Generalsekretäre, die den FPÖ-Bundesparteiohmann bei der Erledigung des politischen „Tagesgeschäftes“ unterstützen. Sie sind die „politischen Sprecher“ der Partei und für die strategische Planung sowie die Medienarbeit verantwortlich. Zu den wesentlichsten Aufgaben einer Partei zählt die Verbreitung ihrer politischen Ideen, Ziele und Tätigkeiten. Speziell dafür hat die FPÖ-Bundespartei in Zusammenarbeit mit dem Freiheitlichen Parlamentsklub ein eigenes Kommunikationsbüro eingerichtet, das die Pressestelle, die „Neue Freie Zeitung“ und das FPÖ-TV-Magazin umfasst.

Die FPÖ-Politik in Gesetzgebung und Verwaltung:

Gesetzgebung: Die von der österreichischen Bevölkerung gewählten FPÖ-Mandatare vertreten im Nationalrat und im Bundesrat, im Europäischen Parlament, in den Landtagen sowie in den Gemeinderäten beziehungsweise Bezirksvertretungen ihre Wähler. Sie wirken auch an der Gesetzgebung und bei der Kontrolle der Regierenden mit. Auch der Dritte Nationalratspräsident in Person von Norbert Hofer sowie einige zweite und dritte Landtagspräsidenten werden von der FPÖ gestellt. Ein zusätzlich installiertes Bürgerbüro kümmert sich dabei um die Anliegen der Bevölkerung und leitet sie an die jeweiligen zuständigen Stellen weiter.

Verwaltung: Die FPÖ übernimmt aktuell als direkte Folge von Wahlergebnissen zudem auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene auch Regierungsverantwortung. Derzeit ist die FPÖ im Burgenland, in Kärnten und in Oberösterreich in der Landesregierung - dem obersten Vollzugsorgan der Landesverwaltung - vertreten. Aber auch zahlreiche Bürgermeister, Vizebürgermeister oder etwa ein Bezirksvorsteher in Wien kommen von der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Der Aufbau der Partei

Die FPÖ setzt sich aus der Bundespartei sowie den neun Landesparteien mit den entsprechenden Bezirksparteien und Ortsgruppen zusammen.

Die Bundespartei:

Die Bundespartei hat ihre Zentrale in Wien. Ihre Aufgaben erstrecken sich auf ganz Österreich. Sie ist für die bundesweite politische und organisatorische Koordination zuständig, damit die freiheitliche Gemeinschaft „an einem Strang zieht“.

Die Landesparteien:

Der direkte Ansprechpartner für die Bürger in den einzelnen Bundesländern sind die neun Landesparteien, die finanziell und organisatorisch unabhängig sind. Der je-

weilige Landespartei entscheidet über die Aufnahme von Mitgliedern und verwaltet diese auch. Die Mitgliedschaft ist einheitlich geregelt. Es gibt keine gesonderte Bundespartei- oder Landespartei-Mitgliedschaft. Jede Landespartei ist hierarchisch aufgebaut und besteht aus mehreren Bezirksorganisationen sowie aus einzelnen Ortsgruppen.



Die wesentlichen Positionen der FPÖ - wer wofür zuständig ist

DIE BUNDESPARTEI

BUNDESPARTEIOBMANN

Gewählt vom Bundesparteitag für 3 Jahre / vertritt die Partei nach außen und kann - wie in der FPÖ bereits vorgekommen - auch eine Bundesparteiobfrau sein

STELLVERTRETER DES BUNDESPARTEIOBMANNS

Gewählt vom Bundesparteitag für 3 Jahre / vertreten den Bundesparteiobmann in dessen Abwesenheit

GENERALSEKRETÄRE

Gewählt von der Bundesparteileitung auf Vorschlag des Bundesparteiobmanns / politische Sprecher der Partei, operative Drehscheibe, strategische Planung und Medienarbeit

BUNDESFINANZREFERENT

Gewählt vom Bundesparteitag zur Führung der Parteifinanzen

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

Angestellter der Partei / hat verwaltungstechnische und administrative Tätigkeiten der Partei über (Sitzungen, Veranstaltungen, Organisation zwischen Bund und Ländern)

In den Landesparteien gibt es im Wesentlichen die gleichen Positionen. Die einzige Ausnahme ist: Nicht alle Landesparteien haben einen Landespartei sekretär.

Die wichtigsten Organe der Partei - wer wo dazugehört

BUNDESPARTEITAG

(Ist das höchste Gremium der Partei)

Setzt sich zusammen aus:

entsendete Delegierte der Landesparteien

Sind Mitglied in

BUNDESPARTEILEITUNG

(eine Art „Parteitag“ im Kleinen)

Entsendete Mitglieder der Länder (einer pro 1000 Mitglieder)

Regierungsmitglieder auf Bundes- und Landesebene

Bezirksvorsteher oder Stellvertreter (Wien)

Mitglieder des Stadtsenats (Städte mit eigenem Statut oder ab 20.000 Einwohner)

Abgeordnete zum Europäischen Parlament (MEPs)

Abgeordnete zum österreichischen Parlament/Nationalrat

Bundesräte

Landtagsabgeordnete

Sind Mitglied in

BUNDESPARTEIVORSTAND

(Ist das operative Führungsgremium der Partei)

Klubobleute der freiwilligen Landtagsfraktionen

4 gewählte Mitglieder (am Bundesparteitag)

Obleute/Präsidenten der Vorfeldorganisationen

Vorsitzender der Bundesratsfraktion

Sind Mitglied in

BUNDESPARTEIPRÄSIDIUM

(Vorbereitungsgremium für den Bundespartei Vorstand)

Bundesparteiobmann, Bundesparteiobmann-Stellvertreter,

Landesparteiobleute, Klubobleute in Nationalrat und Bundesrat,

EU-Delegationsleiter, Präsidiumsmitglied im Nationalrat,

Mitglied der Volksanwaltschaft, Bundesfinanzreferent, Generalsekretäre,

Ehrenobmann, Bundesgeschäftsführer, oberste Verwaltungsorgane

Im Anschluss an diese kurze Übersicht sollen die einzelnen Organe der FPÖ noch etwas näher vorgestellt werden. Natürlich haben die einzelnen Ebenen oftmals auch unterschiedliche Entscheidungsbefugnisse, die sich vor allem bei den wesentlichen Weichenstellungen manifestieren. Dennoch gilt dabei immer als Grundsatz: „Wir leben Demokratie und Mitsprache auch in den eigenen Reihen!“

Der Bundesparteitag:

Das oberste Beschlussorgan der FPÖ ist der Bundesparteitag. Der ordentliche Bundesparteitag ist vom Bundesparteiobmann zumindest alle drei Jahre einzuberufen. Bei besonderen Ereignissen können auch außerordent-

liche Bundesparteitage stattfinden. Der Parteitag wählt beispielsweise den Bundesparteiohmann, seine Stellvertreter und die Mitglieder des Bundesparteivorstandes. Weitere wichtige Aufgaben des Bundesparteitages sind unter anderem die Beschlussfassung über Anträge und programmatische Grundsätze (etwa das „Handbuch freiheitlicher Politik“) oder auch Änderungen der Parteisatzung.

Die Bundesparteileitung:

Das größte und höchste Entscheidungsorgan nach dem Bundesparteitag ist die Bundesparteileitung. Deren Aufgaben reichen von der Festlegung von Richtlinien für die Tätigkeit der Partei über die Beschlussfassung bezüglich der Bundesgeschäftsordnung bis hin zur Auflösung nachgeordneter Parteiorgane. Aber auch die Festsetzung der Mindesthöhe des Mitgliedsbeitrages, die Bestellung der Generalsekretäre auf Vorschlag des Bundesparteiohmannes oder die Einrichtung von Fachausschüssen und Arbeitsgemeinschaften finden sich auf der Agenda der Bundesparteileitung.

Der Bundesparteivorstand:

Der Bundesparteivorstand ist das österreichweite Führungsorgan der FPÖ. Er tritt einmal im Monat oder nach Bedarf zusammen. Dem Bundesparteivorstand obliegen alle Aufgaben der Partei, sofern diese nicht einem anderen Parteiorgan zugewiesen sind. Zu seinen wichtigsten Aufgabengebieten zählen die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Bundesparteileitung, die Erstellung von Kandidatenlisten für Wahlen, die Nominierung für Mitglieder der Bundesregierung, die Entsendung von Aufsichtsräten in Bundesgesellschaften sowie der Ausschluss und die Amtsenthebung von Mitgliedern.

Das Bundesparteipräsidium:

Dem Bundesparteipräsidium obliegt die Entscheidung in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung. Es trifft auch Entscheidungen in unaufschiebbaren Angelegenheiten, wenn eine rechtzeitige Befassung des Bundesparteivorstandes nicht möglich ist.

WEN KANN ICH WO ERREICHEN?

FPÖ-Bundesgeschäftsstelle

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Tel.: +43-1-5123535-0

Fax: +43-1-5123535-9

E-Mail: bgst@fpoe.at

www.fpoe.at

Bundesgeschäftsführer: Hans Weixelbaum

FPÖ-Parlamentsklub

Reichsratsstraße 2/Tor 3, 1010 Wien

Tel.: +43-1-40110-7012

Fax: +43-1-40110-7070

E-Mail: parlamentsklub@fpoe.at

www.fpoe.at/unser-team/parlamentsklub/klubobmann/

Klubobmann: BPO LPO NAbg. Heinz-Christian Strache

FPÖ im Europäischen Parlament

Brüssel: WIB 07M119, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel

Tel.: +32 2 28-47324

Straßburg: LOW T07006, Allée du Printemps 1, F-67070 Straßburg

Tel.: +33 3 881-77324

E-Mail: carlgustaf.stroehm@europarl.europa.eu

www.fpoe.eu

Delegationsleiter im Europäischen Parlament:

GS MdEP Harald Vilimsky

FPÖ-Bürgerbüro

Tel.: +43-1-40110-7012

E-Mail: hc.strache@fpoe.at

www.fpoe.at/buergerbuero/

Neue Freie Zeitung

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Tel.: +43-1-5123535-0

Fax: +43-1-5123535-9

E-Mail: redaktion.nfz@fpoe.at

nfz.fpoe.at

FPÖ-Bildungsinstitut

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel.: +43-1-5123535-0
 Fax: +43-1-5123535-9
 E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at
www.fpoe-bildungsinstitut.at/home
 Präsident: GS NAbg. Herbert Kickl

Landesparteien der FPÖ**Landesgeschäftsstelle Burgenland
(FPÖ-Landesgruppe Burgenland)**

Rusterstraße 70b, 7000 Eisenstadt
 Tel.: +43-2682-62846
 Fax: +43-2682-62846-20
 E-Mail: lgst.bgld@fpoe.at
www.fpoe-bgld.at
 Landesparteioibmann: Landeshauptmann-Stellvertreter
 Johann Tschürtz

**Landesgeschäftsstelle Kärnten
(Die Freiheitlichen in Kärnten - FPÖ)**

Karfreitstraße 4, 9020 Klagenfurt
 Tel.: +43-463-56404-0
 Fax: +43-463-56404-24
 E-Mail: office@freiheitliche-ktn.at
www.fpoe-ktn.at
 Landesparteioibmann: Landesrat Mag. Gernot Darmann

**Landesgeschäftsstelle Niederösterreich
(FPÖ-Landesgruppe NÖ)**

Purkersdorferstraße 38, 3100 St. Pölten
 Tel.: +43-2742-256280
 Fax: +43-2742-256280-34
 E-Mail: fpoe-niederoesterreich@fpoe.at
www.fpoe-noe.at
 Landesparteioibmann: NAbg. Dr. Walter Rosenkranz
 Geschäftsführender Landesparteioibmann:
 NAbg. Ing. Christian Höbart

**Landesgeschäftsstelle Oberösterreich
(FPÖ-Landesgruppe OÖ)**

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
 Tel.: +43-732-736426-0
 Fax: +43-732-736426-15
 E-Mail: lgst-ooe@fpoe.at
www.fpoe-ooe.at
 Landesparteioibmann: Landeshauptmann-Stellvertreter
 Mag. Dr. Manfred Haimbuchner

**Landesgeschäftsstelle Salzburg
(FPÖ-Landesgruppe Salzburg)**

Ginzkeyplatz 10/1/1/3, 5020 Salzburg
 Tel.: +43-662-628120-0
 Fax: +43-662-628120-33
 E-Mail: salzburg@fpoe.at
www.fpoe-salzburg.at
 Landesparteioibfrau: Marlene Svazek, BA

**Landesgeschäftsstelle Steiermark
(FPÖ-Landesgruppe Steiermark)**

Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz
 Tel.: +43-316-7072-0
 Fax: +43-316-7072-8
 E-Mail: lgst@fpoe-stmk.at
www.fpoe-stmk.at
 Landesparteioibmann: KO LAbg. Mario Kunasek

**Landesgeschäftsstelle Tirol
(FPÖ-Landesgruppe Tirol)**

Leopoldstraße 72, 6020 Innsbruck
 Tel.: +43-512-575332-0
 Fax: +43-512-583686
 E-Mail: fpoe.tirol@fpoe.at
www.fpoe-tirol.at
 Landesparteioibmann: LAbg. Mag. Markus Abwerzger

**Landesgeschäftsstelle Vorarlberg
(Vorarlberger Freiheitliche - FPÖ)**

Arlbergstraße 79, 6900 Bregenz
 Tel.: +43-5574-46445-0
 Fax: +43-5574-46445-75
 E-Mail: geschaeftsstelle@vfreiheitliche.at
www.vfreiheitliche.at
 Landesparteioibmann: NAbg. Dr. Reinhard Eugen Bösch

**Landesgeschäftsstelle Wien
(FPÖ-Landesgruppe Wien)**

Rathausplatz 8/3, 1010 Wien

Tel.: +43-1-4057560-0

Fax: +43-1-4057560-23

E-Mail: lgst.wien@fpoe.atwww.fpoe-wien.at

Landesparteiohmann:

BPO KO NAbg. Heinz-Christian Strache

Vorfeldorganisationen**AUF - Aktionsgemeinschaft Unabhängiger
und Freiheitlicher**

Florianigasse 16/8, 1080 Wien

Tel.: +43-1-4067515-0

Fax: +43-1-40675115-23

E-Mail: auf@auf.atwww.auf.at

Bundesobmann: BR Werner Herbert

FA - Freiheitliche Arbeitnehmer

Lenaugasse 8/15, 1080 Wien

Tel.: +43-1-4021611

Fax: +43-1-9422873

E-Mail: fa@fpoe.atwww.faoe.at

Bundesobmann: BR Ing. Bernhard Rösch

FFV - Freiheitlicher Familienverband

Hackhofergasse 1, 1190 Wien

Tel.: +43-1-4057832

Fax: +43-1-4029312

E-Mail: office@ffv.atwww.ffv.at

Bundesobfrau: NAbg. Anneliese Kitzmüller

IFF - Initiative Freiheitliche Frauen

Rathausplatz 8, 1010 Wien

Tel.: +43-664-8257692

E-Mail: carmen.schimanek@fpoe.atwww.freiheitlichefrauen.at

Bundesobfrau: NAbg. Carmen Schimanek

Österreichischer Verband für Jugendwohlfahrt

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Tel.: +43-1-5123535-0

Fax: +43-1-5123535-9

Bundesobmann: Mag. Helmut Kowarik

ÖSR - Österreichischer Seniorenring

Grabnerstraße 4, 4020 Linz

Tel.: +43-664-1351199

E-Mail: oesterr.seniorenring@fpoe.atwww.oesr.at

Bundesobmann: NAbg. Werner Neubauer

FJ - Freiheitliche Jugend

Stuckgasse 9/11, 1070 Wien

Tel.: +43-1-4080748

Fax: +43-1-4080748-30

E-Mail: info@rfj.atwww.rfj.at

Bundesobmann: LAbg. Udo Landbauer

FPÖ pro Mittelstand

Bartensteingasse 14/10, 1010 Wien

Tel.: +43-1-4025355

Fax: +43-1-402535549

E-Mail: office@fpoe-promittelstand.atwww.fpoe-promittelstand.at

Bundesobmann: LAbg. Karl Baron

Befreundete Organisationen

FAV - Freiheitlicher Akademikerverband

Rathausplatz 8/3/9, 1010 Wien

Tel.: +43-664-3908260

E-Mail: office@f-av.at

www.f-av.at

Bundesobmann: Dr. Thomas Kickinger

FBO - Freiheitliche Bauernschaft Österreich

Höffern 1, 9300 St. Veit/Glan

Tel.: +43-401107156

E-Mail: office-bauern@fpoe.at

www.freiheitliche-bauernschaft.at

Bundesobmann: NAbg. Harald Jannach

FLV - Freiheitlicher Österreichischer Lehrerverband

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz

E-Mail: flv@gmx.at

www.flv.at

Bundesobmann: Mag. Siegfried Neyer

Kleine Soziale Netze

Lenaugasse 8, 1080 Wien

Tel.: +43-1-4021399

Fax: +43-1-4055888

E-Mail: kleine_soziale_netze@utanet.at

www.kleinesozialenetze.at

Bundesobfrau: Ingrid Madejski

RFS - Ring Freiheitlicher Studenten

Stuckgasse 9/11, 1070 Wien

Tel.: +43-660-7672527

Fax: +43-1-4080748-20

E-Mail: bund@rfs.at

www.rfs.at

Bundesobmann: Felix Mayrbäurl

FW - Freiheitliche Wirtschaft

Große Neugasse 28/1, 1040 Wien

Tel.: +43-1-4082520

Fax: +43-1-4082520-20

E-Mail: office@rfw.at

www.freiheitliche-wirtschaft.at

Bundesobmann: KommR Matthias Krenn,

Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich





FPÖ-Bildungsinstitut
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a
1080 Wien
Tel.: +43-1-5123535-0
Fax: +43-1-5123535-9
E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at
www.fpoe-bildungsinstitut.at

Erscheinungsjahr 2017



FPÖ-Bildungsinstitut
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a
1080 Wien
Tel.: +43-1-5123535-0
Fax: +43-1-5123535-9
E-Mail: bildungsinstitut@fpoe.at
www.fpoe-bildungsinstitut.at

Erscheinungsjahr 2017

INFO – KOMPAKT

DIE FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

- **Geschichte**
- **Programm**
- **Organisation**
- **Kontakte**